

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dertter, Industriehalle
Miesbach-Zürich
Verfassungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)
Fr. 2.— für Deutschland (Kontant)
Fr. 1.70 für Österreich (Kontant)
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant).

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N^o. 8.

Sonntag, 22. Februar.

1880.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptvorsichtsmaßnahme ist hierzu einverleibt, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftlich absetzen, sondern sich möglichst an irgend eine unüberwachte Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; außerdem aber, daß auch unsere möglichst unerschöpfliche Postungskasse miteingehalten wird, daß die „Verbindungen der deutschen Sozialdemokratie mit den Umsturzparteien des Auslandes“ fort dauern u. d. i. kurz, daß die sozialistische Bewegung trotz der intensivsten Verfolgung nicht nur ungeschwächt fort dauert, sondern immer mächtiger und gefährlicher wird.

Um den zu später Stunde eingegangenen Berichten aus Berlin und Sachsen Raum zu schaffen, mussten eine Reihe von Artikeln der Rundschau, eine Zuschrift aus Lüttich und das Feuilleton in die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Wahlfonds

für die
Nachwahl im 17. sächs. und 2. Berliner Wahlkreis.
Beim „Sozialdemokrat“ sind folgende Gelder eingegangen:
Un ami des ouvriers, Genf (2 Fr.) 1.00; für die verbleibenden Genossen des 17. sächs. Wahlkr., Hamb. 200.—; unter Mitgl. des Londoner Komm. Arb. Ver. gesammelt „Es lebe die Solidarität“ (2 Wd. St. 4 St.) 44.—; gesammelt im Intern. Arb. Verein, Zürich (Fr. 6.30) 5.05.— zusammen Mk. 250.65.

Eine verunglückte Spekulation.

Am 12. ds., dem Tag nach Aichermittwoch, wo bei vernünftigen Leuten der physische und moralische Katzenjammer über die verübten Narrheiten bereits in seine Rechte getreten ist, hat der biedere Major domus von Porzitz unter obligatem Kopfnicken seines Merowingers das Reichs-Puppentheater in der Leipzigerstraße Nr. 4 wieder aufgethan und die Farce hat bereits ihren Anfang genommen.

Die Introduction, „Thronrede“ geheissen, ist freilich ziemlich schaal ausgefallen und hat das verehrungswürdige Publikum so wenig zu begeistern vermocht, wie die — Marionetten auf der Bühne selbst. Soldaten, Geld, Maulkorb und Hiebe — das war alles, was der Drathzieher zu versprechen wußte und das ist doch selbst dem Michel etwas zu wenig (oder auch zu viel — wie man es nehmen mag), besonders nachdem man ihm voriges Jahr versprochen, daß ihm unter der Herrschaft des „Wirtschaftsreform“-Repertoires die gebratenen Tauben halbdugendweise ins Maul fliegen und die Thaler und Kronen in alle Taschen schneien würden.

Wohin ist doch dieser schöne, goldene Traum gekommen? Der arme Michel steht ganz verduht da und reibt sich schlafverwirrt die blöden Augen. In das weit aufgerissene Maul oder auf das selbe hat er während seines Nurmehlschlafes wohl was bekommen, aber das hat gar keinen Bratengeschmack; auch die aufgesperrten Taschen sind allerdings durchgerissen, aber nicht geplagt vom Ueberfluß des Eingenommenen, sondern durchbohrt von den Krallen des Steuereintreibers, der gewandt den letzten Deut herausgebeutelt hat. Freilich haben die voriges Jahr neubewilligten Steuern, nach Abzug der Erhebungskosten, bei 64 Millionen ergeben. Aber sie sind zum größten Theil mit auffentlicher Geschwindigkeit bereits wieder verschwunden und statt der verheißenen Erleichterung steht ein Mehrbedarf von 30 Millionen, Aufnahme einer Anleihe, Erhöhung der Matrikularbeiträge und Einführung einer ganzen Anzahl neuer Steuern, als: Wehrsteuer, Quittungssteuer, Börsensteuer, Brausteuer u. dgl. mehr vor der Thüre.

Dazu kommt dann für nächstes Jahr die große Militärvorlage mit ihrem neuen Armeekorps, ihrer Heeresvermehrung von 26,000 Mann im Frieden und 100,000 Mann im Krieg, ihrer einmaligen Ausgabe von 27 Millionen und ihrer dauernden von 17 Millionen jährlich. Aber freilich, das Opfer muß ja von dem deutschen Volke willig gebracht werden zur Sicherstellung seiner „Unabhängigkeit“ und „Freiheit“! Daß diese „Freiheit“ einen so kostspieligen Schutzwert hat, zeigt dann gleich der folgende Passus der Thronrede, der von der Sozialdemokratie handelt.

Die Militärfrage und die damit im innigsten, man möchte fast sagen rührendsten Zusammenhang stehende Steuerfrage bilden im kaiserlich deutschen Hof- und Leibpuppentheater natürlich die „Haupt- und Staatsaktion“. Mit den Sozialisten aber will man wacker fort den „geschundenen Raubritter“ aufführen.

Welchen Gang will man der Poste diesmal geben? Daß das Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokratie die von seinen Fabrikanten in es gesetzten Erwartungen in nichts erfüllt hat, indem es der Macht der Sozialdemokratie keinerlei Abbruch that, dagegen aber die Klassenengegenseite und die dadurch hervorgerufene Verbitterung nur verschärfte: das ist jetzt nach langem Widerstreben von unsern Gegnern, der Regierung wie den Bourgeoispartei, allgemein, wenn auch mit sauren Mienen zugestanden. Man muß zugeben, daß man nur die „laute“, die offene Agitation unterdrücken konnte; daß dagegen „die sozialdemokratische Agitation unter der Oberfläche fort dauere und ihre Organisation, wenn auch in veränderter Form eine feste und umfassende ist“, daß im Auslande erscheinende sozialdemokratische Blätter trotz

ihres Verbotes „vielfache und regelmäßige Verbreitung in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie finden“ und daher einen Ersatz für die unterdrückte sozialistische Presse leisten; daß die „Führer“ nach wie vor „in der Lage sind, ihren alten Einfluß zur Geltung zu bringen“; daß die Sozialdemokratie durch das „Zusammenhalten ihrer Anhänger“ trotz „schwieriger Verhältnisse“ offenkundige und eklatante Erfolge bei Wahlen u. d. i. errungen; „daß an den alten Bestrebungen unbedingt festgehalten“ wird, daß die „Verbindungen der deutschen Sozialdemokratie mit den Umsturzparteien des Auslandes“ fort dauern u. d. i. kurz, daß die sozialistische Bewegung trotz der intensivsten Verfolgung nicht nur ungeschwächt fort dauert, sondern immer mächtiger und gefährlicher wird.

Und welche Schlüsse zieht man nun aus dieser Erkenntnis? Für jeden halbwegs vernünftig Denkenden und nicht durch Parteigeist ganz hinverbrannten Menschen liegt die Sache sehr einfach: Die Regierung hat sich in der Wahl ihres Weges, wie Figura zeigt, geirrt; die schärfsten Ausnahmemaßregeln gegen den Sozialismus konnten diesem nichts anhaben, untergruben aber die Grundlagen der heutigen Staatsordnung tiefer, als jene es je gethan. Eine wesentliche Verschärfung der Unterdrückungsmaßregeln ist nicht wohl möglich, außerdem aber wäre von ihr auch nur eine Vergrößerung der schlimmen Folgen zu erwarten. Daher muß dieser verderbliche Weg je eher je besser verlassen und von der gefährlichen Ausnahmegegesetzgebung wieder auf den Grund der allgemeinen (wenn auch nur formalen) Rechtsgleichheit zurückgekehrt werden.

Diese einzige vernünftige Schlussfolgerung scheint auch einem großen Theil der Ausnahmegegesetzfabrikanten selbst s. Z. vorgeschwebt zu haben. In dem vom Abgeordneten Schwarz erstatteten Bericht der Sozialistengesetz-Kommission wurde ausgeführt: das Gesetz könne nicht auf eine unbestimmte und ungemessene Zeit erlassen werden, denn nur mit der Anerkennung dieses Gesetzes seien die starken Abweichungen des Gesetzes von dem gemeinen Rechte und der Umfang der den Behörden eingeräumten außerordentlichen Vollmachten zu rechtfertigen; d. h. das Gesetz soll eine Probe sein. Und während der Beratungen im Reichstag wurde verschiedentlich betont: daß, wenn es nicht gelänge, in dem Zeitraum von über 2 1/2 Jahren mit Erfolg und nachhaltig die „sozialdemokratischen Ausschreitungen“ zu bekämpfen, das Gesetz als unwirksam sich erweise und wieder abzuschaffen sei.

Die Regierung aber schlussfolgert von ihrer „höheren“, uns gewöhnlichen Menschenkindern unzugänglichen Stellung aus ganz anders; sie ist über die Regeln des „beschränkten Unterthanenverstandes“ ebenso thurmhoch erhaben, wie der preussische König über denen der Grammatik. Das „Zuerst collegium logicum“ hat dem Verfasser der „Motive“ zum Gesetzentwurf über die Verlängerung des Sozialistengesetzes wenig Schmerzen gemacht und die gesunde Vernunft und ihre Banden haben ihn nicht allzusehr gedrückt. Denn wie wäre es sonst möglich, daß er eine Folgerungsreihe aufstellte wie diese: Für den Fall, daß das Sozialistengesetz die Probe bestände, wurde vom Reichstag die Verlängerung des Gesetzes als notwendig erkannt. Das Gesetz hat diese Probe nach nun allgemeiner Erkenntnis nicht bestanden. Ergo muß das Gesetz — verlängert werden! Der bisher beschrittene Weg ist erfahrungsgemäß ein falscher: also muß auf ihm fort bis ans Ende gegangen werden!

Vernünftiger oder wenigstens anscheinend vernünftiger, als dieser blühende Blödsinn, ist die Ausführung, wonach die nun einmal unleugbaren Erfolge der Sozialisten gegen das Sozialistengesetz, die Thatsache des Fortbestandes ihrer Organisation, des Blühens ihrer Agitation, ihre absoluten oder relativen Wahlsiege oder was das selbe sagen will, die vollkommene Erfolglosigkeit des Ausnahmegegesetzes gegen die Sozialdemokratie — wonach alles das verursacht sei durch die Hoffnung der Sozialisten auf ein baldiges Aufhören der Bestimmungen des Ausnahmegegesetzes und der durch sie den Sozialdemokraten auferlegten außerordentlichen „Opfer und Mühen“. Die deutschen Sozialdemokraten bringen diese Opfer nach Ansicht des Motivenschrifters nur ungern und widerwillig und wenn sie wüßten, daß der jetzige Kriegszustand gegen ihre Partei nicht sobald ein Ende nehmen, sondern länger fort dauern könnte, würden sie sich wohl bald von dieser kostspieligen, freudeleeren und leidvollen Partei ganz abwenden. Darum suchen auch die „Führer“ den Glauben an ein baldiges Aufhören des Ausnahmegegesetzes zu verbreiten und in der Annahme dieses Glaubens seitens ihrer Anhänger liegt die ganze den ersten annoch verbliebene Macht. — Nach dieser Diagnose ergibt sich das zu verordnende Mittel für jeden Stämper von selbst: man muß den Anhängern der deutschen Sozialdemokratie durch eine „schleunige, angemessene“ Verlängerung des Ausnahmegegesetzes die Hoffnung gründlich nehmen, worauf in der Partei zweifellos eine Panik und Massenflucht entstehen und die endliche Vernichtung der Partei nicht mehr fern sein wird!

Dieses Argument hätte, wie gesagt, etwas für sich — und auf die Dummen wird es ja auch sicher seinen Eindruck nicht verfehlen —, wenn es nicht an dem kleinen Nachtheil litt: daß n ä m

lich die ganze dumpf-piffige „Hoffnungs“-geschichte von A—Z un wahr oder besser erlogen, bewußt erlogen ist!

Es mag ja richtig sein, daß mancher deutsche Sozialdemokrat, der trotz aller schlimmen Erfahrungen die Infamie und Verblendung der in ihrem Besitzstand bedrohten herrschenden Klassen im Allgemeinen und der deutschen im Besonderen noch immer zu gering anschlug, an eine längere Dauer des Ausnahmegegesetzes nicht glauben wollte; ja wir sind sogar überzeugt, daß die Zahl dieser Vertrauensseligen, namentlich zu Beginn des Ausnahmegegesetzes, gar keine geringe war. Ebenso sicher aber ist, daß die deutsche Sozialdemokratie als Ganzes und ihre „Führer“, Vertreter und Organe keinen Augenblick über die Dauer des Ausnahmegegesetzes im Zweifel waren noch sein konnten und daß sie diese ihre Gewißheit auch niemals verhehlten, ihr vielmehr bei jeder Gelegenheit öffentlich Ausdruck gaben.

In dem im Laufe des Oktober vorigen Jahres im „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages*) heißt es: „Zum Schluß müssen wir noch nachdrücklich vor Illusionen in Bezug auf die Dauer des Ausnahmegegesetzes und des über Berlin verhängten Belagerungszustandes warnen. Es heißt die Situation völlig verkennen, wenn man sich der Hoffnung hingibt, das Ausnahmegegesetz mit all seinen Konsequenzen werde nicht verlängert werden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß dasselbe nur der erste bahnbrechende Schritt der Reaktion war, die nicht einhalten wird, nicht einhalten kann, ehe sie auf unübersteigbaren Widerstand gestoßen ist oder ihre Kräfte erschöpft hat. Bis dahin wird aber noch einige Zeit vergehen, innerhalb deren wir auf eine Verschärfung der Maßregeln gegen uns gefaßt sein müssen.“

Ganz ebenso verhielt sich der „Sozialdemokrat“ und man wird in demselben von seiner Begründung bis heute nicht ein einziges Wort finden, das die Hoffnung auf ein baldiges Aufhören des Sozialistengesetzes und die Verfolgung unserer Partei überhaupt zu erregen suchte! Im Gegentheil verging kaum eine Nummer, in welcher nicht aufs nachdrücklichste betont war, daß von einer baldigen Aenderung der heutigen Zustände in Deutschland keine Rede sein könne, daß man sich vielmehr auf weitere Verschlimmerungen gefaßt machen müsse. Ja wir haben sogar direkt den Wunsch geäußert, daß eine Besserung der Zustände in Deutschland nicht zu früh, d. h. nicht bevor sich die Reaktion erschöpft habe und alle staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gehörig durchaufgeseien seien, eintreten möchte, weil sonst die Gefahr besteht, daß mangels der völligen Abnützung aller alten Parteien und Institutionen wieder politische und ökonomische Halbheiten zur Herrschaft kommen und die Fikerei und Kleisterei aufs Neue losgeht, während andernfalls, sobald nur erst eine wichtige Stütze durch inneren oder äußeren Anprall zu Boden geworfen wird, die ganze windstille Baracke auf einmal zusammenbricht und so Raum für einen bessern Bau geschaffen wird.

Und trotz alledem hat die Regierung die fast beispiellose Unverschämtheit, zu behaupten: daß die „Führer“ „die Hoffnung auf eine baldige Beseitigung des Gesetzes wach erhalten“ und damit „ihre Anhänger zum Ausharren ermuntern“ und „dem Fortbestand der sozialdemokratischen Organisation eine wesentliche Stütze verleihen“. Kann man die Verlogenheit weiter treiben?

Weit entfernt, unsern Genossen eine solche „Hoffnung“ vorzuschwindeln zu wollen, ist es uns vielmehr aus dem oben angeführten Grunde und weil dadurch die Situation geklärt und auch der Vertrauensseligste jeder vergeblichen Hoffnung beraubt und auf den unserer Sache allein dienlichen Weg gezwungen wird, nicht nur nicht unangenehm, sondern vielmehr geradezu hoch willkommen, daß die Regierung nicht erst den Ablauf der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes abgewartet hat und sich dasselbe dann heuchlerisch um kurze Fristen, etwa Jahr um Jahr, verlängern ließ, sondern ihren sehr begreiflichen Willen auf Umgestaltung des Ausnahmegegesetzes in eine bleibende Staatseinrichtung gleich offen bekannte. So ist jeder Ungewißheit und Unentschiedenheit ein gründliches Ende gemacht und jeder ist gezwungen, Stellung zu der Ausnahmegegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie als einer bleibenden Staatseinrichtung zu nehmen. Man wird sich allenthalben auf das Ausnahmegegesetz einrichten. Wer aus Kurzsichtigkeit, Interesse oder Freigiebigkeit nicht für die geächtete Partei eintritt — gut, der gehört für uns zu den Feinden. Wer aber Einsicht, Uneigennützigkeit, Muth und Ehrenhaftigkeit genug hat, um seine Meinung nicht brutalen Gewaltmaßregeln unterzuordnen: der muß in un-

*) Als Broschüre erschienen im Verlag von H. Dertter, Miesbach-Zürich; Preis 25 Cts. — 20 Pf. Die Broschüre ist dieser Tage auf unsere Veranlassung in mehreren Hunderten von Exemplaren an den deutschen Reichstag gegangen, um diesem einen eklatanten Beweis von der Verlogenheit der deutschen Regierung zu liefern und ihm zu zeigen, wie die Sozialdemokraten im Gegentheil die weiter gegen sie geplanten Angriffe längst voraussehen und auf sie vorbereitet sind.
D. Red.

Söhnliche Feindschaft zu dem insamen Ausnahmengesetz treten und sich jeder Bestrebung zur Durchkreuzung und Vereitelung desselben mit Begeisterung und Opfermuth anschließen!

Der erste Einfluß der Verlängerung des Sozialistengesetzes bis 1886 wird an vielen Orten Erstaunen, an manchen — wo man das Sichentscheiden nicht liebt und deshalb bis jetzt das anscheinend vorübergehende Ausnahmengesetz bloß zu umgehen suchte — vielleicht Schrecken sein. Diefem ersten, vorübergehenden Gefühl aber wird die Wuth über solche maßlose Unterdrückung folgen und diese wird einen lebhaften Widerstand und damit eine mächtige Förderung der sozialdemokratischen Agitation hervorbringen!

So stellt sich die dummpfiffige Spekulation der Regierung auf die „Hoffnungslosigkeit“ der Anhänger der Sozialdemokratie als eine gänzlich verfehlte heraus und es wiederholt sich hier die so oft gemachte Erfahrung, daß gerade jene Maßregeln, welche uns am bittersten schädigen sollen, schließlich am meisten zu unserem Nutzen dienen müssen. Gleichviel, ob die Regierung die „Hoffnungslosigkeit“-Theorie (wie wir vermuthen) bloß erfunden hat, um die Verlängerung des Sozialistengesetzes vorzutreiben zu erhalten, oder ob sie wirklich dumm genug war, selbst daran zu glauben: der projektirte neue Feldzug gegen die Sozialdemokratie ist schon vor seinem Beginn mißglückt, der Kapitalstreich, den man uns beibringen wollte, ist nicht nur jämmerlich abgeprallt, sondern wird unsern Feinden noch empfindlich ins eigene Fleisch schneiden!

Die neuen Sozialistenvorlagen.

I.

Der Reichskanzler hat dem Bundesrath einen Antrag der preussischen Regierung auf Abänderung des § 30 des Sozialistengesetzes (Gültigkeitsdauer) vorgelegt, welcher kurz und bündig lautet:

„Die Dauer der Geltung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird, unter Abänderung des § 30 dieses Gesetzes, bis zum 31. März 1886 hierdurch verlängert.“

Die „Motive“ dieses Gesetzesentwurfes sind der „Begründung“ des „Gesetzes“ vom 21. Oktober 1878 und des Berliner Lagerungsstandes und seiner Verlängerung vollkommen würdig und wir können dieselben deshalb zunächst nicht besser charakterisiren, als indem wir sie ihrem vollen Wortlaut nach unverändert (nur die bezeichnendsten Stellen heben wir durch Sperrung hervor) zum Abdruck bringen. Eine unspitzige Kritik findet sich an anderer Stelle.

Zum Eingang wird ausgeführt: in dem dem Reichstag von der Reichsregierung vorgelegten Sozialistengesetz sei ein Endtermin für die Geltung des Gesetzes nicht vorgesehen gewesen: die Dauer der Geltung des Gesetzes bis zum 31. März 1881 habe der Reichstag bestimmt. Für den Fall, daß das Sozialistengesetz die Probe bestände und die allgemeinen Voraussetzungen desselben unverändert bleiben würden, wurde auch von der Mehrzahl der Abgeordneten die Verlängerung der Geltungskraft des Gesetzes über den 31. März 1881 hinaus als unvermeidlich anerkannt. Der vorliegende Entwurf bezweckt die Herbeiführung einer angemessenen Verlängerung jener Frist. Das Gesetz vom 21. Oktober 1878 ist alsbald nach seinem Erlasse, unter sorgfältiger Einhaltung der durch dasselbe gezogenen Grenzen, zur Ausführung gebracht und seitdem in gleicher Weise gehandhabt worden. So weit die Voraussetzungen des Gesetzes zuträfen, sind die Vereine der Sozialdemokraten geschlossen, ihre Versammlungen verboten, ihre Presse verboten. Dadurch ist die sozialdemokratische Agitation in gewissen Schranken gehalten und insbesondere erreicht worden, daß ihre lauten Kundgebungen und offenen Verhöhnungen von Gesetz und Recht nicht mehr durch ungehinderte Duldung den Stempel des gesetzlich Erlaubten erhalten. In Folge dessen sind weite Kreise des Volks von dem Drucke der sozialdemokratischen Agitation befreit und der Wiederherstellung der vielfach gestörten Eintracht zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung, sowie den Bestrebungen zur Hebung des Wohles der arbeitenden Klasse die Wege geebnet worden.

Dagegen dauert die sozialdemokratische Bewegung unter der Oberfläche fort, und ihre Organisation ist, wenn auch in veränderten Formen, eine feste und umfassende geblieben. In der ersten Zeit nach dem Erscheinen des erwähnten Gesetzes machte sich eine gewisse Bestürzung merkbar. Die Führer schienen unschlüssig darüber zu sein, welche Stellung sie gegenüber dem neuen Gesetze einnehmen sollten. Wenn es dabei auch an extremen Rathschlägen nicht fehlte, so fiel doch die Entscheidung bald dahin aus, daß es den Interessen der Partei am meisten entspreche, zunächst und äußerlich den Geboten des Gesetzes sich zu unterwerfen, aber an den bisherigen Bestrebungen unbedingt festzuhalten und deren Förderung mit Ausbietung aller Kräfte im Geheimen zu betreiben. Es galt daher, das Gesetz vom 21. Oktober 1878 auf jede mögliche Weise zu umgehen und seine Wirkung zu vereiteln, vor Allem, für die verbotene sozialdemokratische Presse des Inlandes einen Ersatz im Auslande zu gewinnen.

Diesem Zwecke dienen gegenwärtig hauptsächlich zwei Zeitungen: die von dem kommunistischen Arbeiterverein in London herausgegebene, von Johann Most redigirte „Freiheit“ und der in Zürich erscheinende, als „offizielles Centralorgan der Sozialdemokratie deutscher Zunge“ geltende „Sozialdemokrat“. Beide finden trotz des gegen dieselben ergangenen Verbots in den Reichthümern der deutschen Sozialdemokratie vielfach und regelmäßig Verbreitung. Die zwischen diesen Organen hervorgetretenen Differenzen beruhen nicht auf prinzipiellen Gegensätzen, sondern wesentlich auf der Verschiedenheit der Meinungen in Betreff der dem Sozialistengesetz gegenüber zu beobachtenden Taktik und geben ein deutliches Bild der gegenwärtigen Bewegung und der bei den Leitern derselben herrschenden Anschauungen.

Während die „Freiheit“ in zügelloser Sprache den gewaltsamen Umsturz alles in Staat, Kirche und Gesellschaft Bestehenden, vor

Allem die Nothwendigkeit des Königs- und des „Tyrannen“-Nordes unausgesetzt verkündet, verweist der „Sozialdemokrat“ diese Art des Vorgehens und erklärt dasselbe unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unklug.

Seine Ausführungen lassen erkennen, daß die Taktik der gegenwärtigen Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie darauf gerichtet ist, durch Mäßigung „die Furcht vor dem rothen Gespenst“ zu zerstreuen, in den der grundsätzlichen Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse zugänglichen Bevölkerungskreisen die Unzufriedenheit auf jede Weise zu nähren und zu steigern, um dieselbe allmählig und ihnen selbst unmerklich zur Sozialdemokratie hinüberzuführen, in diesem Sinne also „abzuwarten“, aber zu agitiren, wie's geht, damit, „wenn die Fessel des Gesetzes so oder so einmal fällt, die dann stattfindende öffentliche Hirschau für alle Segner des Sozialismus furchterregend ausfallen möge.“

Dabei wird gleichzeitig, um den Beschuldigungen des Most'schen Blattes zu begegnen, mit Nachdruck versichert, daß der Vorwurf der Lässigkeit unbegründet sei, daß „Niemand eifriger das gemeinsame Ziel, die soziale Revolution“ anstrebe, und daß, was die Zeit der Erreichung desselben betrifft, „dies nie zu früh kommen werde,“ daß „bis zur 100jährigen Jubelfeier der großen französischen Revolution wohl so oder so Wandel geschaffen sei,“ und endlich, „daß zum Glück alle Anzeichen darauf hindeuten, daß das nächste Jahrzehnt dem deutschen Proletariat die Erlösungsstunde bringen werde.“

In beiden Blättern werden die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit der Endziele und die Nothwendigkeit der engheren Verbrüderung mit den Umsturzpartei des Auslandes unausgesetzt betont. Ueberall sind es die äußersten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Tendenzen, welchen die lebhaften Sympathiebezeugungen der beiden Organe der deutschen Sozialdemokratie gelten, und der Gedanke, daß die bestehende Ordnung der gemeinsamen, gewaltsam zu vernichtende Feind der „Proletariat aller Länder“ sei, ist der Grundzug aller den Verhältnissen des Auslandes gewidmeten Betrachtungen.

Wie aus diesen Kundgebungen der Presse, ist die Fortdauer der sozialdemokratischen Bewegung und das feste Zusammenhalten ihrer Anhänger auch aus offenkundigen Thatsachen zu entnehmen. In dieser Hinsicht verdienen namentlich das geschlossene Auftreten der Sozialdemokratie bei mehreren Ergänzungswahlen zum Reichstage, so wie die Thatsache besondere Beachtung, daß es in Sachen der Sozialdemokraten gelungen ist, bei den Wahlen zum Landtage mehrere Mandate zu erlangen. Aus dem Verlaufe und Erfolge dieser in verschiedenen Theilen des Reichs hervorgetretenen Thätigkeit der sozialdemokratischen Agitation bei den politischen Wahlen ergibt sich, daß die Führer vermöge der fortbestehenden Organisation noch in der Lage sind, ihren alten Einfluß zur Geltung zu bringen.

Verzüglich der Verbindungen der deutschen Sozialdemokratie mit den Umsturzpartei des Auslandes, entbehren die in der Parteipresse hervortretenden Sympathiebezeugungen und die Verklöndigung der Gemeinsamkeit der Endziele nicht des ernstlichen tatsächlichen Hintergrundes, da vertrauliche persönliche Beziehungen namhafter deutscher Sozialdemokraten mit den Hauptleitern der internationalen Umsturzbestrebungen stattfinden und zu enger Annäherung geführt haben. Der Aufschwung, welchen die kommunistische Agitation neuerdings in Frankreich gewonnen hat und welcher in den Kundgebungen des im Oktober 1879 in Marseille abgehaltenen sozialistischen Arbeiterkongresses deutlich erkennbar wurde, wird von der deutschen Sozialdemokratie mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und trägt zur Stärkung der gemeinsam empfundenen und genährten Hoffnungen wesentlich bei.

Es ist offenbar, daß dem Sozialistengesetz gegenüber die Aufrechterhaltung der Organisation der Sozialdemokraten vielfache Schwierigkeiten bietet, daß sie denselben Opfer und Mühen mancher Art auferlegt und daß die Bereitwilligkeit zur Uebernahme der letzteren wesentlich bedingt wird durch das Maß der Hoffnung auf ein baldiges Aufheben derselben. Auch wenn es nicht wiederholt offen ausgesprochen wäre, müßte es als zweifellos erscheinen, daß die für die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes bestimmte kurze Frist jener Hoffnung wesentlich Nahrung gibt. Jedenfalls wird sie von den Führern der Sozialdemokratie mit Geschick als Handhabe benützt, um ihre Anhänger zum Ausharren zu ermutigen. Es wird die Meinung verbreitet, daß es nur noch kurze Zeit darauf ankomme, unter schwierigen Verhältnissen mit Mäßigkeit und Aufopferung zusammenzuhalten — bald werde dem durch das Gesetz vorübergehend unterdrückten, zügellosen Treiben von Neuem Raum gegeben sein und dann dem Ziele mit neuer Kraft und sicherer Aussicht auf baldigen Erfolg zugesteuert werden. Lassen die oben dargelegten Verhältnisse schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen, daß eine erhebliche Verlängerung der durch § 30 des Sozialistengesetzes normirten Frist unerlässlich ist, so erhalten die zuletzt hervorgehobenen Umstände die unabweißbare Aufforderung, diese Verlängerung ungehindert eintreten zu lassen. Es ist bei Verathung des Gesetzes mit Recht betont worden, daß es vor Allem darauf ankomme, durch dasselbe der Staatsgewalt eine scharfe Waffe zu geben, da nur mit Hilfe einer solchen ein sicherer Erfolg zu erreichen sei. In diesem Sinne ist es dringend geboten, daß durch eine schleunige angemessene Verlängerung der in Rede stehenden Frist denjenigen Bestrebungen der Boden entzogen werde, welche die Hoffnung auf eine baldige Vereitelung des Gesetzes wach erhalten und damit dem Fortbestand der sozialdemokratischen Organisation eine wesentliche Stütze verleihen; diese Verlängerung wird mit Aussicht auf wirksamen Erfolg kürzer als auf die vorgeschlagene Frist von fünf Jahren nicht bemessen werden dürfen.

Aus Oesterreich.

x. y. — Als in Deutschland die Reaktion zum Todesstreich gegen das Bischen Freiheit ausholte und der lendenahme Liberalismus durch seine Vertreter den Strick drehen und die Schlinge knüpfen half, um seine höchst eigene Erdrosselung zu vollziehen, betonten die österreichischen Blätter der herrschenden Klasse, daß

man so etwas in unserem „gemüthlichen“ Oesterreich unter der Dynastie der „gottbegnadeten“ und „erleuchteten“ Habsburger „gottlob nicht nötig habe“. Und sie hatten recht, diese Nachher der öffentlichen Meinung, da jener „Ausnahmestand“, der das Volk seiner natürlichsten Rechte beraubt und der despotischen Willkür herrschaftlicher Tyrannen den weitesten Spielraum gewährt, in Oesterreich längst als herrschende Regel gilt.

In diesem alten verrotteten Polizeistaate, der nebst Rußland die stärkste Stütze der kontinentalen Reaktion bildet, knebelt man die Presse, unterdrückt das Recht der freien Versammlung und Rede, weist die Anwälte des geknechteten Volkes aus und hegt sie von Ort zu Ort, von Land zu Land, verbietet die Gründung von Arbeitervereinen und löst bestehende auf, ebnet der schamlosesten Volksausbeutung und Verdummung das Feld — und dies Alles auf administrativem Wege, dem Staatsgrundgesetze zum Hohne. Wozu also ein Ausnahmengesetz?

Die liberalen Maul- und Federheiden aber, in Kultivirung der Phrase die Herren des Tages, dabei ebenso erbärmlich wie ihre Kollegen im deutschen Reich, suchen wie diese in Selbstentmannung das Möglichste zu leisten und das Volk geistig und sittlich zu entnerven. Im Staube liegend vor dem nimmermüden Götzen Mammon, werfen sie ihren ekelhaften Roth gegen Alle, denen die so „herrliche und schöne Gesellschaftsordnung“, welche den Wüßthum auf den Thron des Reichthums und Genusses erhebt, die Arbeit aber mit dem Fluche der Armuth und Knechtschaft belastet, so gar nicht gefallen will.

Trotzdem gewinnt die Idee des Sozialismus in Oesterreich immer mehr an Boden und zwar in dem Grade, in welchem dieser Zwitterraat in der inneren Befegung vorschreitet. Daß die Sozialisten Oesterreichs als politische Partei zur Zeit noch ziemlich machtlos sind, liegt theils an den leider noch nicht ganz beseitigten inneren Zerwürfnissen, anderntheils an der politischen Resignation, besonders an dem Mangel des Wahrscheinens in die gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften. Die österreichischen Genossen suchen aber trotz der maßlosen Verfolgung, die sie zu erdulden haben, ihre Streitkräfte zu organisiren, um im gegebenen Moment zur ersten erfolgreichen Thätigkeit bereit zu sein.

Daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung eine allgemeine ist und das Interesse am öffentlichen Leben wieder zu erwachen beginnt, beweisen die Volksversammlungen, die jüngst in Wien, Prag, Brünn, Innsbruck, Reichenberg und andern Orten stattgefunden haben und deren Teilnehmer nach Tausenden zählten. Verathungsgegenstand war in diesen Versammlungen die Gewerbeordnungs-novelle, ein reaktionäres Nachwerk, dazu bestimmt, die Arbeiter in noch größere wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und die Gewerkschaftsbewegung, welche bei dem Mangel an Koalitionsfreiheit ohnedem nur Geringes zu leisten vermag, vollends lahm zu legen. Daß diese Volksversammlungen stattfinden durften, ist ein wahres Wunder, besonders in Böhmen, wo seit länger als drei Jahren jede derartige Versammlung verboten wurde.

Man würde sich aber bitter täuschen, wollte man annehmen, die Regierung sei volksfreundlicher geworden; beweisen doch die Konfiskationen unserer Parteiblätter und die Frechheit der Polizei, die weder das Briefgeheimniß noch das Hausrecht respektirt, sowie die brutale Behandlung unserer gefangenen Genossen auf schlagendste, daß wir echt österreichisch regiert werden.

Im „Sozialdemokrat“ wurde unlängst die Behandlung der in Krakau gefangen gehaltenen Sozialisten geschildert und gewiß wird jeder Menschenfreund, gleichviel ob Sozialist oder nicht, beim Lesen des genannten Berichtes die Faust geballt haben in gerechter Entrüstung über die Schurkerei der in Oesterreich herrschenden — Gewalt. Zu diesem Kapitel vermag auch ich einen Beitrag zu liefern. Den Stoff verdanke ich der Mittheilung eines bewährten Genossen, in dessen Glaubwürdigkeit ich nicht den geringsten Zweifel zu sehen berechtigt bin.

Vielen Lesern des „Sozialdemokrat“ dürfte es bekannt sein, daß im Jänner 1879 in Prag mehrere Genossen wegen angeblicher Stiftung einer „geheimen Gesellschaft“ zu mehrmonatlichen Arreststrafen verurtheilt wurden. Die Verhandlung war geheim, jedenfalls nur deshalb, um der Oeffentlichkeit die Schwäche und Blöße des Beweisverfahrens zu verbergen und dem Spießbürger die „Gefährlichkeit“ der Sozialdemokratie recht lebhaft zu demonstrieren. Das „rothe Gespenst“ wurde zürit und auf Befehl der Obermandarinen mußten die Angeklagten gehorsamst für schuldig befunden und demgemäß verdonnert werden. Selbst gewiegte Juristen, denen das an den Haaren herbeigezerrte Beweismaterial bekannt wurde, schüttelten zu dieser Verurtheilung die Köpfe.

Ueberzeugt von der Erfolglosigkeit einer Berufung, trat die Mehrzahl der Verurtheilten die Strafe sogleich an, während die Uebrigen, um ihr Recht bis zum Aeußersten zu wahren, theils die Nichtigkeitsbeschwerde, theils Berufung gegen das Strafmaß erhoben, jedoch, wie zu erwarten war, ohne Erfolg. Charakteristisch ist dabei folgendes: Genosse Rechwile wurde wie auch Genoss Becka zu vier Monaten strengen Arrest verurtheilt, während die übrigen Angeklagten je zwei oder drei Monate gültig zugesetzt bekamen. Die sogenannten „Unbescholtenen“ erhielten, wenn sie verheirathet waren, je zwei, wenn ledig, je drei Monate, die „Bescholtenen“ dagegen, welche bereits eine Vorstrafe erlitten hatten, einen Monat mehr. In den Akten wurde während der ganzen Verhandlung Genosse Rechwile als „unbescholten“ angeführt und erst, als der Staatsanwalt in seinem Schlussplädoyer den Strafantrag stellte, erhob er die lägenhafte Beschuldigung, Rechwile sei bereits wegen Uebertretung des Preßgesetzes (Zeitungsportoportage) bestraft worden. Dieser Behauptung wurde von Seite der Richter ohne Weiteres Glauben geschenkt und auf Grund dessen die Strafe, wie oben erwähnt, bemessen. In der dazugehörigen Berufung wurde der Wahrheit gemäß ausgeführt, daß Rechwile zwar wegen der bezeichneten Uebertretung angeklagt, jedoch von dem Bezirksgerichte in Reichenberg in erster, und vom Appellationsgericht in zweiter Instanz freigesprochen worden sei, daher bei Bemessung der Strafe ein Irrthum vorgefallen habe. Der oberste Gerichtshof scheint es unter seiner Würde gefunden zu haben, die Berufung eines „staatsgefährlichen“ Sozialdemokraten zu prüfen, denn er verwarf sie in Bausch und Dogen und bestätigte einfach den Urtheil des Prager Landgerichtes. Genosse Rechwile mußte deshalb einen Monat länger als seine Leidenbegünstigten in einer Gefängnisse schmachten, über dessen Zustände mir Nachstehendes mitgetheilt wurde.

Berlin, 14. Januar. Als am 12. Februar die sozialistischen Reichstagsabgeordneten hierher kamen — natürlich nicht um der „Feier“ im weissen Saale bezuwohnen, sondern um sich über die zu beobachtende Politik im Reichstage zu besprechen — so wurden sie auch schon geheimer polizeilicher Ueberwachung unterworfen. Diese ist aber nie so geheim, daß sie nicht von Kennern, wie sie die Sozialisten haben, sofort entdeckt wird. Sind doch die polizeilichen Bummler in Eile an ihrer straffen Haltung, an ihren konzentrierten Gesichtern, namentlich aber an den heimtückischen fahrenden Augen sofort erkennbar. Drei der sozialistischen Abgeordneten, die am 12. auf dem Anhalter Bahnhof ankamen und sich behufs Transportes ihres Gepäcks gemeinsam eine Droschke mieteten, fiel die Dienstreue auf, womit sich ein Dienstmann bei dem Einsteigen in die Droschke um sie bemühte; und siehe da, als sie abfahren, entdeckten sie, wie besagter Dienstmann nach dem Scheitern fürzte und diesem die dem Droschkensitzer angegebene Adresse mittheilte. Für solche Wachposten wird schweres Geld hinaufgeworfen und das Volk hungert! Ein nichtwürdiges System.

Große Bitterkeit auf der einen und große Besorgnis auf der andern Seite haben unter den sozialistischen Abgeordneten die Revisor hervorgehoben, welche dem einparagraflichen Gesetzentwurf auf Verlängerung des Sozialistengesetzes beigegeben sind. Diese Revisor verrathen, daß man im preussischen Ministerium des Innern die sozialistischen Blätter eifrig studirt — hoffentlich ohne sich eine „Verbreitung“ bereiben im Sinne des Gesetzes schuldig zu machen; — da ist es denn auffallend, daß im Gegentheil zu dem, was die deutsche sozialistische Presse und speziell der „Sozialdemokrat“ bisher stets noch ausdrücklich betont hat, nämlich, daß eine Verlängerung des Sozialistengesetzes unzweifelhaft ist, die Revisor die gegenwärtige Anshawung als die der sozialistischen „Führer“ hinstellen. Der Hinweis auf den Rechenschaftsbericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten, der gerade sich über diesen Punkt mit mächtigem Nachdrucke Deutlichkeit ausgesprochen hat, wird bei der bezüglichen Debatte im Reichstage nicht fehlen und wir sind recht neugierig zu hören, wo es denn „wiederholt offen ausgesprochen“ worden ist, daß das Sozialistengesetz bald aufhören werde. Eine unzweifelhafte Thatsache ist, daß die Revisor, die fast die gesamte Presse in extenso abgedruckt, der Partei bedeutend nützen. Jede Zeile der Revisor verräth — natürlich gegen den Willen der Verfasser — Achtung und Respekt vor der Partei, die man trotz der ausgeführten Gewaltmaßregeln nicht zu bezagen vermocht hat. Daß man sie zu vernichten vermöge, auch wenn das Gesetz noch länger verlängert wird, als es die Regierung beansprucht, wagt man schon gar nicht mehr anzusprechen.

Es also der Eindruck, den die Wirkung des Sozialistengesetzes auf die Regierungen gemacht, ein höchst unbehaglicher und wider Willen dem verhassten Feinde günstiger, so ist das bei der großen Masse der Bevölkerung noch ungleich mehr der Fall. Starr vor Staunen und zitternd halb vor Angst, halb vor Bewunderung, hört der ruhige, friedliche Bürger, dem sein Leid- und Morgenblatt schon so oft den Tod der Sozialdemokratie verkündet, daß dieser gefährdete und gehohete Gegner noch immer und so kräftig als je lebt und einen Muth entwickelt, dessen er, der gute Spieler, rein unfähig ist.

Und wie die Sozialdemokratie in den Augen des guten friedlichen Bürgers wegen der Zähigkeit, der Ausdauer und dem Muth, womit sie ihre Positionen besetzt und wie die Regierungen selber zugeben, sogar neue eroberte, an Achtung steigt, so wenden sich ihr auch die Sympathien der Massen zu. Vor dem Ausnahmengesetz geschah es nicht selten, daß die Arbeiter selbst, in gegnerische Parteien gespalten, in den Werkstätten und Fabriken sich lebhaft bekämpften; diese Kämpfe haben so gut wie aufgehört. Seit der allgemeinen Hege gegen die Sozialdemokratie fühlt jeder Arbeiter, daß sie es allein ist, die seine Interessen vertritt. Die Gegnerschaft hat sich in Sympathie verwandelt und wenn nicht die Krise und die jedem drohende, im Ungewisse dauernde Arbeitslosigkeit, wenn er aus dem Pfaster geworfen wird, Stiele zur größten Vorhut zwingt — die Sozialdemokratie würde mit einer Kraft und Energie auftreten, die ihre Feinde zittern machte.

Sprechen wir es offen aus: nicht das Sozialistengesetz hat es vermocht, daß die Bewegung nicht ganz das ist, was sie sein sollte und sicher einst sein wird, sondern einzig und allein die Krise und das damit Hand in Hand gehende Elend in hunderttausenden von Arbeiter-, Klein- Bürger- und Bauernfamilien. Der Mann, der nur das Allermühseligste auf dem Leibe, oft nichts im Leibe hat, dessen Familie das Allermühseligste ist, dem fehlt notwendig die Energie und der Muth zum Widerstand und vollends die Möglichkeit zu Opfern, die er in besseren Tagen freudig brachte. Dagegen hat die Krise freilich insofern der sozialistischen Bewegung auch wieder bedeutend genützt, als sie ganze Regimenter aus der Mittellose proletarisierte, den Massenegenheit verschärfte, Tausenden die Augen öffnete, die ohne die Heranzöhung aus gewohnten Lebenskreisen und die erzwungene Verschleierung auf Gemüthe, die sie als unumgänglich zum Leben ansahen, noch lange nicht zur Emsicht gekommen wären. Und was die Hauptsache ist: diese, die einst bessere Tage gesehen, sind die gefährlichsten Revolutionäre. Sie hoffen das System mehr wie Jene, die von Mutterleibe an in Noth und Elend groß geworden, die als Arbeiter geboren und erzogen wurden, in der ihnen selbstverständlich erscheinenden Auffassung, als Arbeiter einst zu sterben.

Das heißt ist: wie können trotz mancher berechtigten Klage im Einzelnen mit dem Gang der Dinge im Großen sehr zufrieden sein, und die Verlängerung des Sozialistengesetzes wird daran absolut nichts ändern! Diese Anshawung herrscht auch einmüthig unter den Vertretern der Partei im Reichstage.

Von den Fraktionsbeschlüssen, die gefaßt wurden, theilen wir mit, daß Gatenklober den Antrag einbringen soll auf Einstellung des Strafverfahrens, das wegen angeblichen Bombenbruchs gegen Krijsche und Paffelmann eingeleitet ist. In dem Rechenschaftsbericht über die Erneuerung des Belagerungszustandes soll Rebel das Wort ergreifen. Gegen die Militärverträge wird sich Liebknecht zum Worte melden. In Bezug auf den Gesetzentwurf betreffend die Anzeigepflicht von Unglücksfällen in Werkstätten und Fabriken will Krijsche sprechen, wem zu einem der Anträge die Anwaltschaften betreffend. Bezüglich des Gesetzentwurfs: die Verlängerung des Sozialistengesetzes betreffend, wurde beschloffen, vorläufig keinen bestimmten Redner in Aussicht zu nehmen, da vermuthlich der Gesetzentwurf erst ziemlich spät zur Verhandlung kommen dürfte.

Die vollständige Anwesenheit unserer Vertreter gleich bei Eröffnung im Reichstage hat bei den Gegnern einige Ueberraschung hervorgerufen. So hohete z. B. einer der unsern zufällig im Vorübergehen im Hörsaal eine Unterhaltung mit zwei Abgeordneten, die also lautete: „Haben Sie bemerkt, daß heute die Sozialdemokraten schon sämmtlich zugegen waren?“ Antwort: „Ja, jawohl! die meisten doch immer noch Geld haben!“ Die Wiedergabe dieses Zwieselspruches hat uns sehr amüsit.

Für die Wiederwahl im 2. Berliner Wahlbezirk ist Genosse Körner in Hamburg, der bekanntlich aus Berlin ausgewiesen wurde, in Aussicht genommen. Falls Körner nicht annimmt, soll unser kürzlich ausgewiesener Genosse v. Vogel als Kandidat aufgestellt werden.

Aus Sachsen, 15. Februar. Seitens der Sozialisten ist am 17. Beist bereits die Wahlzitation in Fluß gekommen. Heute wird das erste Flugblatt in 30,000 Exemplaren im Bezirk vertheilt werden. Kurz ist gestern in Glauchau eingetroffen, ein persönliches Agitation für seine Wahl zu betreiben. Es wird von unserer Seite versucht werden, Volksversammlungen abzuhalten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in dem Bericht der Deputation des sächsischen Landtags über die Chemnitzer Wahl ausgesprochen wird, daß den Sozialisten Wahlversammlungen auf Grund des Sozialistengesetzes nicht im Voraus verboten werden dürfen. Doch dies in Chemnitz geschah, ist einer der Hauptgründe für die Annulirung der Chemnitzer Landtagswahl. — Bei der Neuwahl in Chemnitz wird von sozialistischer Seite wieder Wahlrecht als Kandidat aufgestellt werden.

Welcher Opfer die Arbeiter fähig sind, wenn es sich darum handelt, ihr politisches Recht zu wahren, dafür folgendes hochherziges und bewundernswürdiges Beispiel. In Folge des furchtbaren Nothstandes unter den Weibern des Wallgrundes haben auch vielfach Parteilosen öffentliche Unterstützung, theils in baarem Geld, theils in der Form des Kaufs billiger Lebensmittel in Anspruch nehmen müssen und ist ihnen in Folge dessen die Aufnahme in die Wählerliste verweigert worden. Dies erfahrend, borgen sich sechs unserer Genossen, sämmtliche Familienväter, das nöthige Geld, um die erhaltene Unterstützung zu rückzahlen zu können, denn sie wollen lieber mit ihren Familien hungern, als sich das Wahlrecht rauben lassen! Es ist, sobald dieser Akt von

friedenheit mit der hiesigen demokratischen Republik untergraben.

Auf der andern Seite dagegen hat die besitzliche wie die besitzlose Arbeiterwelt erst vor kurzem an die Möglichkeit einer Gefahr für die Verfassung des Landes glauben gelernt, ja ahnt sie theilweise noch kaum — was ganz besonders von den Regier-Stimmgebern des Südens gilt, die kaum je eine Zeitung zu Gesicht bekommen, und von ganzen Massen des Lebens und Schreibens unkundiger französischer Canadier, Chinesen, Italiener, Polen, Mexikaner, Farbiger und Halbblütiger auch des Nordens. Die Kapitalistenpartei sieht deshalb ihren Vortheil in der Uebertrassung ihrer Gegner. Den Reaktionen fehlt es ja in der Regel nicht an Entschlossenheit zu Staatsstreichen, und dies gilt von den unsren so sehr oder mehr als von allen andern. Sie wissen, daß die Gegner der republikanischen (überwiegend kapitalistischen) Partei sich äußerst schwer auf einen einzigen Präsidentschaftsbewerber vereinigen können, weil es keinen gibt, welcher allen ihren Gegnern genehm sein könnte, und weil jeder Bruchtheil derselben sein Programm und seinen Kandidaten maßgebend machen möchte. Nun sind zwar innerhalb der republikanischen Partei unabhängige Männer in großer Zahl, welche von Grant's dritter Präsidentschaft nichts wissen wollen; aber sie sind nicht eine Mehrzahl und würden, auf ihrer Nationalkonvention überstimmt, nicht leicht sich einer andern Partei in die Arme werfen, zumal wenn diese keinen annehmbaren Kandidaten aufweisen könnte.

Die Verschwörer wissen, daß „das Glück dem Kühnen hold ist“, und sie scheuen vor keinem ungeheuerlichen oder unsittlichen Mittel zurück, heiße es nun Stimmkauf, oder betrügerische Stimmenaushählung, oder Einschüchterung der Wähler am Stimmkasten durch Arbeitgeber oder Bundesmarschälle. Und sie haben seit ein paar Jahren schon ihre Pläne angelegt, die geheimen Verräther angekauft und eine Anzahl Ueberraschungen geplant, so daß, falls eine Volkswahl nicht zustande käme und das Haus des Kongresses unter den Kandidaten, welche die höchste Stimmenzahl davon getragen haben, den Präsidenten auswählen müßte, Grant der Gewählte sein wird.

Nun wollen wir zwar diesen Ausgang keineswegs vorherzagen, weil wir in diesem Lande schon gar manche selbst für uns überraschende Dinge erlebt haben; aber vernünftigerweise kann man bei der geschilderten Sachlage keinen andern so wahrscheinlichen Ausgang als den erwähnten voraussehen. Gesetzt also, Grant würde auf die eine oder die andere Weise wirklich am 4. März 1881 zum dritten Male Präsident der Ver. Staaten, so wäre er auf alle Fälle ein mit Hälfte von Betrag gewählter Minoritätspräsident und darauf verpflichtet, eine „starke Regierung“ herzustellen, wozu er ganz der Mann ohne Gewissensbisse ist. Er brauchte von vornherein gar nicht revolutionär zu verfahren; er brauchte die wenigen ihm grundsätzlich feindseligen Kongressmitglieder nur zu kaufen, oder durch bestochene Zuerkennung ihrer Sitze an besiegte Mitbewerber hinauswerfen zu lassen. Er würde eine Zeitlang die konstitutionellen Formen beobachten, aber für die Aufstellung eines starken stehenden Heeres und einer noch stärkeren Miliz in den kapitalistischen Staaten des Ostens und Südens sorgen. Damit beläge er alle Mittel, um seine Präsidentschaft auf Lebenszeit durch ein erzwungenes Gesetz verlängern zu lassen, oder den Diktator zu spielen, bis man ihm den Kaiserthron auf den Präsentirteller brächte. Wie man das macht, das lehrt ja die Geschichte des Cäsar, des Augustus und der beiden Bonaparte. Unsere Bourgeoisie ist vollkommen bereit, Hofämter, Orden und Einkünfte anzunehmen, und ein hungriges Proletariat und eine zahlreiche Preisfuchtertschaar, ihm die Pferde aus- und sich an seinen Siegeswagen zu spannen.

Allein so glatt könnte die Sache nur in der Einbildung der Verschwörer abgehen. Sie sind und bleiben eine Minderheit des Volkes. Die Majorität mag überrascht, aber sie kann nicht verriigt werden. Sie hat sich einmal einem betrügerisch gewählten Präsidenten gefügt; sie würde beim zweiten so erwählten die Geduld verlieren. Es läßt sich nicht voraussehen, ob die Empörung des überraschten Volkes schon nach der Ernennung Grant's zum Kandidaten am 2. Juni d. J., oder ob sie nach seiner erschlichenen Volkswahl am 2. November d. J., oder aber ob sie nach seiner betrügerischen Erwählung durch den Kongress um den 4. März 1881 ausbrechen wird oder selbst noch später. Aber ausbrechen wird sie. Und je später sie ausbricht, desto gründlicher wird sie mit dem Kapitalismus aufräumen und eine desto sozialistischere neue Verfassung wird sie einrichten. Jedenfalls aber entscheidet sich das Schicksal der Ver. Staaten in den nächsten zwei Jahren, und ebenso sicher ist, daß jede anfängliche Halbheit in der Reform sich binnen kurzem unthunlich zeigen und weitere Fortschritte in unserem Sinne nach sich ziehen muß. Es ist eine wahre Wohlthat, daß unser arbeitendes Volk, welches eben wieder im Einschulmern begriffen war, weil unsere lehrjährige reiche Ernte zur Zeit höherer Lebensmittelpreise in Europa nach einer dortigen schlechten Ernte die darniederliegenden Geschäfte belebt hatte, bessere Löhne und Preise der Acker-Erzeugnisse gebracht und so die Vahlerlei der Republikaner scheinbar bestätigt hatte, als sei durch ihre Hartigeld- und Finanzpolitik der „Weltkrieg“ für uns überwunden, — daß unser Volk durch die bereits hell entlarvte Verschwörung der Kapitalisten zum Verfassungsumsturz gar unsonst aufgerüttelt werden muß. Der grenzenlose Uebermuth dieser Bande, welche ihre schließliche Niederlage gar nicht für möglich hält, schiebt uns einen Umschwung in der kapitalistischen Denkweise unseres Volkes, welcher auf andere Weise erst nach langen Jahren zu erwarten gewesen wäre.

Wir werden also unsere Partei unerwartet früh zu einer Thätigkeit aufgefordert sehen, welche wir schnell gewünscht, aber zu erzielen nicht die Mittel hatten. Angesichts der allen unsern Menschenrechten drohenden Gefahr wird die Zwistigkeit zwischen politischen Sozialisten und unpolitischen Gewerkschaften, zwischen beiden und den Greenbackern und der „Arbeiterpartei“, und zwischen allen diesen Fraktionen und den christlichen Elementen der beiden alten Parteien zurücktreten und einem gemeinsamen Streben Raum geben müssen, welches in einer neuen entschiedenen kapitalfeindlichen Partei seinen Ausdruck findet und die Herrschaft des Volkes hierlands zu einer Wirklichkeit macht.

New-York, 17. Januar 1880.

Adolf Douai.

Einem Unterschied zwischen politischen und gemeinen Sträflingen gibt es daselbst nicht; letztere werden im Gegentheil eher begünstigt. Selbstbelästigung wurde unseren Genossen nicht gestattet. Bankrotte Kaufleute, oft gemeine Betrüger, können sich ihre Lage wesentlich erleichtern, da die im Strafhaufe maßgebenden Personen gegen klingende Sympathiebezeugungen gern ein Auge zuzubringen bereit sind. Die Gefängnisloft besteht zum Theil in Wasser und Brod, welsch letzteres oft kaum genießbar ist. Wärme „Speise“ wird in 24 Stunden nur einmal verabreicht; beim Genuße dieser Kost müssen auch die bescheidensten kulinarischen Anforderungen in den Hintergrund gedrängt und Saunen und Magen, wie ein landläufiger Ausdruck lautet, „zum Narren“ gehalten werden. Die Folgen dieser elenden und mangelhaften Nahrung treten zu Tage im Stordut, welcher im Strafhaufe des Prager Landgerichts eine geradezu schreckliche Ernte hält. Die armen Opfer dieser körperzerstörenden Krankheit finden erst dann Berücksichtigung seitens der Gerichtsbärze, wenn das Zahnfleisch durch Fäulniß zerstört und der übrige Körper in seinen Bewegungen gelähmt ist. Wie mir versichert wurde, sind in einzelnen Fällen junge kräftige Leute, nachdem sie drei Monate in dieser Musteranstalt zugebracht, als kraftlose, bleiche Schattengestalten herausgeführt worden.

Genosse Schwarz mußte seine Zelle mit einem alten, tauben, wegen Nothzucht verurtheilten, elchhaft schmutzigen und dabei böshafter Manne, also einem gemeinen Verbrecher theilen und seiner energischen Bekämpferführung gelang es erst nach Ablauf eines Monats, Gehör zu finden.

Diese Mittheilungen, welche mir, wie schon erwähnt, von einem vertrauenswürdigen Genossen zugegangen sind, illustriren wohl zur Genüge die „Humanität“ und „Gerechtigkeit“ der österreichischen Strafrechtspflege. Man hat keine Zeit, die Verurteilung, falls sie von einem Sozialdemokraten erhoben, zu prüfen, man hat keine Zeit, sich um Leben und Gesundheit der Opfer der heutigen Klassenjustiz zu bekümmern, denn Gott Mammon gibt seinen treuen Dienern und Verehrern Freudenfeste und da darf die höhere Bürokratie nicht dabei fehlen; und ein diesem Gott wohlgefälliges Werk ist es ja, wenn die „Störenfriede“, so sich auflehnen gegen die herrschende „Ordnung“, zur Ruhe, womöglich zur Grabruhe gebracht werden.

Wenn aber die österreichische Regierung glaubt, durch zeitweilige Einlieferung unserer Vorträger und durch Polizeimaßregeln unsere Bewegung zu unterdrücken, so irrt sie gewaltig. Die Logik der Thatsachen wird sie belehren, daß weder Kerker, noch Kugeln und Bajonette den Sozialismus tödten können. Daß man heute am Rande des Abgrunds aufscheinend sorglos weiterlantz, beirrt uns nicht, denn: „die Todten reiten schnell!“

Mögen sich die österreichischen Arbeiter nicht entmuthigen lassen sondern ihre Kräfte unverzagt zum Parteikampfe organisiren, um dann, wenn es die Nothwendigkeit erheischt, das Banner des Sozialismus dem Volke im Kampfe gegen jedwede Tyrannei vorzutragen zu können.

Die nächste Zukunft der Vereinigten Staaten.

Die Republik der Ver. Staaten ist mit dem Umsturz und der Verwandlung in eine Monarchie bedroht. Was vor wenigen Wochen noch als der wüste Traum überpannter Menschen betrachtet werden mochte, wird jetzt schon als eine greifbare und nahe Gefahr betrachtet. Seitdem General Grant, der zum nächsten Präsidenten und zukünftigen Kaiser Auserkorene, von seiner Rundreise an alle Höfe und um die Erde zurück und in San Francisco gelandet ist, haben die Verschwörer ihn dort und in Oregon, in Nevada, in Iowa, in Chicago, in Louisville, Ky, in Pittsburg, in Philadelphia und an mehreren Orten des Südens wie einen Triumphator gefeiert. Sie haben die republikanische Nationalkonvention, welche ihn ein drittes Mal als Präsidentschaftskandidaten aufstellen soll, ungewöhnlich früh, nämlich auf den 2. Juni, und nach Chicago einberufen, wo ein großer Schwindel am leichtesten gelingt. Sie arbeiten sozusagen mit Dampf und mit Hochdruck; sie machen gar kein Geheimniß daraus, daß sie „eine starke Regierung“ und zu diesem Zwecke einen Grant haben wollen. Denn, wenn auch die Hauptveranstalter mit ihrer Sprache zurückhalten, so doch nicht ihre Gesichten und Helfershelfer; und wenn man auch noch nicht von Verfassungsänderung und Kaiserthum spricht, so doch davon, daß das „Kapital herrschen und die rebellischen Arbeiter niederhalten“ müsse. Und daß die Gefahr durchaus nicht eingebildet ist, das gibt eine Mehrzahl der großen und bestunterrichteten Zeitungen beider Parteien theils bedauernd, theils frohlockend zu. Leuten von unserer Parteifarbe kommt die Sache nicht unerwartet; wir haben nachweislich diese Bewegung schon vor ein paar Jahren vorausgesehen. Eine Minderheit der Stimmgeber, welche ziemlich an eine Mehrheit kommt, ist schon lange monarchisch gesinnt, oder doch aristokratisch; und zwar hat dieser Geist beide Parteien ziemlich gleich stark vergiftet, durchdringt mehr oder weniger die Großgrundbesitzer des Südens (die ehemaligen Skavenhalter) wie die des Nordens, die Katholiken wie die Protestanten, die Eingewanderten wie die Eingebornen, so weit sie ein großkapitalistisches Interesse haben. Denn die Lohnarbeiter haben überall und unter verschiedenen Organisationen den Widerstand gegen den Kapitalismus begonnen, als Gewerkschaften, als sozialistische Arbeiterpartei, als Greenbacker und als Arbeiterpartei (in Californien und Massachusetts), endlich auch die unorganisirten Arbeiter durch viele und zum Theil sehr umfangreiche Ausstände und selbst durch Geheimbünde. Die Kleinfarmer aber, besonders des Westens, und die Kleinbürger überall haben mit den Lohnarbeitern ausgedehnt sympathisirt. Und die Erfolge, welche die Greenbacker anfangs 1878 im Kongress errangen, haben die Selbsthaltungstrieb der Großkapitalisten nicht minder wachgerufen, als es der große Eisenbahnarbeiter-Ausstand im Juli 1877 gethan hatte. Die Nachrichten von den auffälligen Wahlsiegen der deutschen Sozialdemokraten in Berlin und anderen deutschen Großstädten, von den Attentaten in Europa und von der nihilistischen Verschwörung, vom Wipflingen des Mac Mahon'schen Staatsstreichs und der wachsenden Befestigung einer fortschrittlichen Republik in Frankreich und viele andere Bewegungen der arbeitenden Bevölkerung in Europa haben in unsern Kapitalisten das Bewußtsein ihrer Solidarität mit den europäischen erweckt und die gewöhnliche Zu-

Peroismus bekannt wurde, dafür gesorgt worden, daß den Bräden die nötige Hilfe wurde.

Was sagen zu diesem Akt der Aufopferung armer Arbeiter Jene, die fortgesetzt predigen, man solle das Wählen als „unnützig“ unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein lassen?

Im Mühsenlande ist neuerdings der Hungertyphus ausgebrochen. Wenn der Notstand in seinem ganzen Umfang weit frühzeitiger als dies sonst geschehen wäre, zur Kenntnis der Regierung des Landes kam, so tragen die Schuld daran allein die — Sozialdemokraten. A. B.

Oesterreich-Ungarn.

* Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu, daß Allerhöchste an Freiheit leistet die Polizei. Diese Verse sind zwar erheiternd aber wahr. Schwindler, wie der Magnetismus-„Professor“ Hansen, werden beschützt, weil der Erzherzog Albrecht, Ministerpräsident Taaffe und andere „hohe Persönlichkeiten“ ihn protegieren. Desto schärfer ist man hinter den Arbeitern her. Im Wiener und Abgersdorfer Bildungsverein, in der Administration der „Zukunft“ und bei verschiedenen Privaten fanden mehrstündige Hausdurchsuchungen statt, Genossen Prager, Dokter, sowie drei Mitglieder des Wiener Arbeiterbildungsvereins wurden verhaftet und sämtliche Briefe, in denen man ausländische revolutionäre Zeitschriften vermutet, werden nach Kräften gestohlen. Die Post hat den Auftrag erhalten, sämtliche an Prager gelangende Briefe abzufangen. Man sieht, in Oesterreich braucht man kein Ausnahmegesetz, die Freiheit der Polizei dieses „Rechtsstaates“ macht jedes derartige Gesetz höchst überflüssig. Ein solches würde im Gegenteil nur den Zweck haben, eine Menge anständiger Leute über eine Schandwirtschaft aufzuklären, von der sie sich jetzt nichts träumen lassen, und die gar Mancher nicht für möglich hält.

Frankreich.

* Der Staatskarren der französischen „Republik“ bewegt sich im gewohnten gemütlichen Trotte in den breiten Geleisen weiter, welche das von ihr so viel verlässerte Kaiserreich ausgefahren hat. Wie unter dem imperialistischen Regiment werden auch heute noch in Frankreich strikende Arbeiter durch blaue Bohnen beruhigt und sind Arbeiterkoalitionen heute eben so sehr verboten wie damals. Man will zwar das alte „reaktionäre“ Vereinsgesetz durch ein neues „freiheitliches“ ersetzen, aber beide sehen sich so ähnlich wie ein Ei dem andern. Von einer solchen Bourgeoisrepublik die volle Amnestie zu erwarten, wäre ziemlich naiv. Der jüngst von Louis Blanc eingebrachte Antrag auf volle Amnestie der wegen des Kommuneraufstandes Verurteilten ist denn auch kürzlich in der Kammer mit ungefähr derselben Majorität abgelehnt worden, wie sie sich schon früher gegen die allgemeine Amnestie ausgesprochen hatte.

Einen kleinen Lichtblick in dieses dunkle Gemälde wirft die Wahl des zu Gunsten der Amnestie eintretenden Yves Guyot zum Gemeinderatsmitglied in Paris gegen den gambettistischen Alain. Auch die Nachricht wird man mit Befriedigung aufnehmen, daß wieder einmal fünf Deportierte ihren Dualen in Rumea glücklich entronnen sind. Eine traurige Republik das, in welcher derartige Vorkommnisse das einzige Erfreuliche sind!

Da die Republik selbst nichts Erfreuliches bietet, ist sie natürlich um so mehr bestrbt, die unersprechlichen Seiten, welche dem Kaiserreiche eigenhümlich waren, hervorzuheben. Diesem Zweck dient unter anderem die von dem Direktor Billefort im Ministerium des Äußeren nach zahlreichen ökonomischen, politischen und diplomatischen Dokumenten aufgestellte Berechnung der Kosten, welche der Krieg von 1870-71 Frankreich gekostet hat. Die zu berechnenden Verluste — die unerschöpfbaren, welche Industrielle, Kaufleute, Arbeiter in Folge Lohnentgangs u. dgl. erlitten haben, noch mehr die kolossalen Verluste an Menschenleben konnen natürlich nicht in Betracht kommen, sondern bloß die ziffernmäßig nachweisbaren — diese betragen die Totalsumme von 14 Milliarden 756 Millionen! Außer diesen Verlusten haben sich die Ausgaben der französischen Staatsfinanzen jährlich um 632 Millionen vermehrt. Es ist allerdings richtig, daß diese Verluste Frankreich nicht nur nicht geschadet, sondern in gewissem Sinne genützt haben, indem sie in diesem Lande die Folgen der Ueberproduktion minder stark erscheinen ließen, als in anderen Staaten; aber dasselbe Resultat hätte sich denn doch auch auf andere Weise, die mit der Menschlichkeit mehr in Einklang steht, erreichen lassen, wenn man z. B. die 14 Milliarden dazu verwendet hätte, die französischen Arbeiter wenigstens theilweise in den Besitz von Produktionsmitteln zu setzen: ein Schritt, der von der heutigen französischen Republik freilich eben so wenig erwartet werden kann, wie vom ehemaligen Kaiserreich. Berechnungen, wie die oben erwähnte, dürften daher kaum genügen, die französischen Arbeiter von der Vortrefflichkeit der Bourgeoisrepublik zu überzeugen.

Da dieselbe den sozialen Frieden eben so wenig herzustellen vermag, als das Kaiserreich, fühlt sie sich auch nach Außen nicht widerstandsfähiger als dieses. Davon gab sie unlängst wieder ein nettes Beispiel. Genosse Karl Hirsch, der unter dem Ministerium Marcère aus Frankreich ausgewiesen worden, erlangte mit Mühe von der jetzigen Regierung die Erlaubnis zu einem 14tägigen Aufenthalt daselbst, um seine 80jährige Mutter, welche krank in Paris darnieder liegt, besuchen zu können. Ein längerer Aufenthalt wurde ihm nicht gestattet und noch weniger Erfolg hatte die Verwendung mehrerer Abgeordneter um gänzliche Aufhebung der Ausweisung; und zwar beides einstandenermaßen lediglich aus dem Grunde, weil Bismarck sich widersetzte! Eine hübsche Republik, welche bald um die Gunst einer Zarin, bald um die eines pommerischen Junkers buhlt und beiden zu Gefallen Recht, Freiheit, Anstand, Menschlichkeit und Bekümmert mit Füßen tritt!

Spanien.

* Vorige Woche fanden in verschiedenen Städten Verhaftungen von Sozialisten statt. In Barcelona betrug die Zahl der als Mitglieder der Internationale Verhafteten acht. Die Regierung behauptet, daß ihr hierbei zahlreiche und wichtige Papiere in die Hände gefallen seien, welche Aufschluß über eine weitverbreitete „Verschwörung“ geben sollen, und läßt sogar einige geheimnisvolle Worte fallen, als ob zwischen dieser Verschwörung und dem Attentat Otero's ein Zusammenhang bestünde. Voraussetzlich wird an alledem gerade so viel Wahres sein, wie an den ganz ähnlichen Lügen der deutschen Regierung gelegentlich der 78er Attentate.

Rußland.

R. Der Tod hat wiederum einen edlen, geistvollen Kämpen für Freiheit und Recht fortgerissen — Nikolaus Tschernyschewski. Ein geistvoller Publizist, ein schneidiger Kritiker, hat er durch seine mächtige Feder die öffentliche Meinung und die fortgeschrittensten Elemente der russischen Gesellschaft Jahre hindurch vollständig beherrscht und ist als geistiger Urheber wie auch thätigster Agitator auf allen Gebieten der wissenschaftlichen wie politischen und sozialen Bewegung in Rußland seit Ende der fünfziger Jahre anzusehen. Sowohl in der Bauernemanzipation, wie in der Frauenfrage, sowohl in den politischen, wie in den philosophischen und ökonomischen Fragen — überall war es der mächtige Einfluß Tschernyschewski's, der die öffentliche Meinung auf radikalere, die begeisterte Jugend auf sozialistische Bahnen führte.

Selbstverständlich konnte die Regierung einen solchen Mann nicht lange neben sich dulden und da sie ihm auf gesetzlichem Wege nichts anhaben konnte, so — nahm sie eben zu ungesetzlichen ihre Zuflucht. Zeugen wurden erkaufte, Proklamationen mit seinem Namen gefälscht u. dgl. — kurzum man brachte mit Roth eine Anklage zusammen und nach 2 1/2-jähriger qualvoller Untersuchung wurde Tschernyschewski zu 14-jähriger Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken verurtheilt. Was fragte die brutale Regierung darnach, daß sie einen der edelsten Söhne Rußlands, einen der besten Lehrer und Führer derselben aus seinem Wirkungskreise, von seinen Studien riß — c'est la guerre! Und Krieg führt ja die russische Regierung (gleich mancher ihrer Kolleginnen) gegen jede freie Regung, gegen jedes freie Wort. Nachdem das Opfer dieses Justizmordes seine Zwangsarbeit überstanden, wurde Tschernyschewski nicht, wie es sonst geschieht, frei angetrieben, sondern lebenslänglich nach einem elenden Schulisdorf in äußersten Nord-Ost-Sibirien inhaftirt, unter der Aufsicht von zwei Gensdarmen und zwei Kosaken. Hier, vollständig abgeschlossen von der Welt, von jedem Verkehr, führte Tschernyschewski ein elendes Dasein. Zweimal wurde von muthigen Sozialisten der Versuch gemacht, Tschernyschewski zu befreien — leider aber vergebens. Der Tod erlöste ihn nun von seinen Leiden.

Möge es unseren Brüdern, den russischen Sozialisten, bald gelingen, ihren großen Lehrer dadurch zu rächen, daß in Rußland eine Ordnung der Dinge im Sinne seiner Lehre, im Sinne des Sozialismus herbeigeführt wird. Wir schließen für heute, indem wir den französischlebenden Genossen als beste Erinnerung an den großen russischen Sozialisten die französischen Uebersetzungen zweier seiner Hauptwerke, den sozialen Roman „Que faire?“ und die Kritik der Mill'schen politischen Oekonomie empfehlen und uns eine genauere Besprechung der wissenschaftlichen und agitatorischen Bedeutung Tschernyschewski's für spätere Zeit vorbehalten.

Sprechsaal.

Lit. Redaktion des „Sozialdemokrat“!

Erst heute finde ich Gelegenheit, Sie auf Verschiedenes bezüglich Ihres Artikels über Jbsens Prozeß (Nr. 4 Artikel „Pfeil der Schande!“ D. Red.) aufmerksam zu machen, da ich als Nächstbetheiligter die Angelegenheit vollständig kenne.

Weniger ist's mir darum zu thun, die in diesem Artikel gemachte Behauptung zu widerlegen: ich sei als Verbreiter der Vebel'schen Drohsätze leider an den verworrenen Ausfagen der Angeklagten und Zeugen mit Schuld; denn die Frankfurter Genossen kennen mich zu gut, als daß diese mir irgend eine Schuld beimessen. Vielmehr lag die Schuld an einem Dummkopf und zwar dem zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilten Friedrich Schreiber, wodurch ich auch geschädigt so weit geschädigt wurde, daß ich gezwungen war, eine mir damals hier in der Schweiz angeiragene Stelle willkommen zu heißen. Die Furcht vor polizeilichen Maßregeln konnte mich nicht bewegen, Deutschland zu verlassen, das habe ich verschiedene Male bewiesen und selbst am 20. August v. J., wo ich von Basel aus nach Frankfurt reiste, speziell, um dem Prozeß Schreiber persönlich beizuwohnen und dadurch ein günstiges Urtheil zu erzielen. Daß ich nach Fällung des Urtheils spurlos verschwand, wurde mir vorher von den meisten Genossen gerathen und war auch natürlich.

Die Hauptfrage meines Schreibens liegt aber darin, daß in Ihrem Artikel die Handlungsweise Jbsens so hingestellt wird, als ob er wirklich den Meineid begangen habe. Dieses zu beweisen, konnte selbst das Gericht trotz einem Haufen Akten nicht, Sie können es nicht behaupten und selbst die Frankfurter Genossen nicht. Die Anklage beruhte auf dem buchstäblich lautenden Satz: „Während Jahn verhaftet war, interpellirte ich Schreiber betreffs seiner Ausfagen vor dem Polizeirath, worauf er mir erwiderte, er habe Jahn Unrecht gethan.“ Diese Aussage bestätigte selbst der verurtheilte Schreiber. Wenn ich nun wirklich dem Schreiber dieses Buch verkaufte und Jbsen dieses auch vorher wußte, so ist noch lange nicht bewiesen, daß eine solche wörtliche Unterredung nicht stattfinden konnte, da Schreiber mir wirklich, ohne gezwungen zu sein, durch seine dummen Ausfagen Schaden zufügte. Weder bei Schreiber noch bei Jbsen konnte der Meineid thatsächlich nachgewiesen werden und somit finde ich es von einem sozialdemokratischen Organ durchaus für unpassend, solchen Schurken, wie unser deutscher Polizei- und Richterstand in sich faßt, noch ein juristisches Recht zur Verurtheilung zu erkennen. . . .

Ich erlaube Sie, besonders im Interesse der beiden noch weiter Angeklagten — Genosse Hendichel und eine Genossin — hievon Notiz zu nehmen und diesen Fehler wieder gut zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß zeichnet

Rob. Jahn.

Anmerkung der Redaktion. Zu vorstehender Erklärung haben wir zweierlei zu bemerken. Was erstlich die Schuld oder Nichtschuld Jahn's an der Verurtheilung bezw. Anklage Jbsens betrifft, so sind wir weder die eine noch die andere zu bestätigen im Stande. Da leider die mit der Sache genau vertrauten Frankfurter Genossen sowohl als unsere Mitarbeiter in Deutschland vollkommen ohne Bericht gelassen hatten, so war unser — r-Mitarbeiter gezwungen, sein Urtheil nach den Berichten der deutschen Presse und insbesondere der „Frankfurter Zeitung“ zu bilden, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit er zu prüfen nicht die Mittel hatte; und wir konnten aus denselben Gründen eine Korrektur nicht eintreten lassen. Das einzige Mittel, Ungenauigkeiten und falsche Mittheilungen in solchen Dingen zu vermeiden,

ist: daß die Genossen des betr. Ortes dem Parteiorgan zuverlässig Bericht erstatten. Es ist das eine Pflicht sowohl gegen die betr. theilgenommenen Genossen als auch gegen die ganze Partei und wollen wir nur hoffen, daß dieser Fall genügt, um in Zukunft verschiedenen Orten ihre Pflicht und die Nothwendigkeit ihrer Erfüllung lebhafter zum Bewußtsein zu bringen. Uebrigens soll es uns freuen, wenn sich die Behauptung Jahn's von seiner Schuldllosigkeit bewährt und wollen wir auch vorläufig keinerlei Zweifel in seine Angaben setzen, obwohl sein Bugeständniß, der Verfasser der f. B. in der „Freiheit“ enthaltenen Schimpfartikel gegen die deutschen Vereine in der Schweiz und den „Sozialdemokrat“ zu sein, seiner Zuverlässigkeit und Wahrheitsliebe eben kein besonders günstiges Zeugniß ausfällt.

Weiter müssen wir die Behauptung: wir hätten die Schuld Jbsens bestimmt behauptet, d. h. den „Meineid“ für erwiesen erklärt, als irrig bezeichnen und alle daraus gestützten Schlüsse folgerungen zurückweisen. Unser Kritiker drückte sich vielmehr mangelhaft einer zuverlässigen Unterlage und namentlich auch mit Rücksicht auf die erwiesene skandalöse Parteilichkeit des Frankfurter Schwurgerichts sehr vorsichtig aus, indem er wiederholt sagt: Jbsen soll den Meineid begangen haben und „wenn der erbrachte Beweis genügt“. Von der Zuerkennung des juristischen Rechtes zur Verurtheilung an die Richter unsererseits kann demnach nicht die Rede sein und wird überhaupt ein vorurtheilvoller Leser in unserm Artikel kaum anderes, als Empörung über die Gemeinheit der an Jbsen geübten Klassenjustiz und tiefste Sympathie mit unserm braven, dieser zum Opfer gefallenen Genossen gefunden haben und finden.

Letzte Post.

* Aus Oberschlesien meldet der Telegraph, daß auf der Scharley-Grube „Aufruhr und Empörung“ ausgebrochen sei, daß die Arbeiter das Grubenhaus gestürmt und die Kasse geplündert hätten. Bevor man sich irgendeine Meinung bildet, sind erst weitere Nachrichten abzuwarten.

— Einer Petersburger Depesche des Wolff'schen Telegraphenbüreaus zufolge ist am 17. von den Nihilisten ein Theil des kaiserlichen Winterpalastes in die Luft gesprengt worden. Von der Wachtmannschaft wurden 8 Mann getödtet und 45 verwundet; die Kaiserfippchaft, für welche der Empfang bestimmt war, ging abermals leer aus. Näheres nächstes Mal. Auf alle Fälle sieht man, was es mit der „Vernichtung“ des Nihilismus auf sich hat, wenn der Zar nicht einmal mehr in seinem Palast sicher ist. Und damit ist's noch nicht am Ende!

Briefkasten.

der Redaktion. Jörgen Guardmand Kopenhagen. Werden mittlerweile schon Karte erhalten haben; Ihren Bericht demgemäß und auch sonst ein wenig gekürzt. Uebersetzung des Lit. über Australien erwünscht. Ihre Sendungen stets willkommen, nur müssen Sie gleich allen unsern Mitarbeitern unsern Raum und unsern Anstand entsprechende Änderungen geduldig über sich ergehen lassen. Brd. Gruß. — K. K. Breslau. Auch so erwünscht!

der Expedition. Kraper u. Albr. Ag. Nr. 3 u. Nr. 2 d. B. erhalten und Konto Eisele einverleibt, da doch so am glatteiten. Brf. abgeg. — H. Jonsch. R. B. Nr. 93. 20 à Konto eingest. Brf. v. 8. hier. Alles fort. — Rammr. Litt. Nr. 10 p. Jan. 80 gabebracht. — Anselmus: Nr. 9. — Ka: Nr. 27. 50 f. 53 Jan.-Ab. erhalten und Weiteres vorgefertigt. Brf. abgg. — S. Bl. Ddn.: Nr. 26. 50 f. 53 Jan.-Ab. verwendet. Nr. 3. — also gabebracht. 8-13 gratis. 6 Stück à 50 Pf. p. 7, Cn. an's Gros. — D. S. Pdn.: Nr. 2 in unserer Hand. 4 bei 7 beigelegt, war an D. Str. abgerichtet. — Paul, — hn.: Nachricht v. 10. Bf. da und sofort durch Feldpost 21. 4 erledigt. Haben wir nicht Recht gehabt? Die Privattraue eines Lumpen schloß und Anhang wider Willen. So muß es kommen. — W. K.: Abermalige neue Ordre beachtet. Gratuliren zum Empfang. — bei diesem — Rebel! 7 segelt unter neuer Flagge. — Grenzschutz „F 3“: Lösung vorgefertigt. Dank. All well! — Barba — Zünder auf Posten. Ladung geladigt; 3-4 „Heldjäger“ dienstgemäß ausrüsten und der Feldpostkassa in Rechnung stellen. Gruß! — G. R. — an. Warum so spät? Dehhalb „Gehber“ der letzte. P. K. am 15. 2. abgg. Ebenfalls Edg. an Ph. C. Nr. 2 gabebracht. — Badenau: Der Warden hat also richtig angegriffen und wer nicht, der läßt auch. Darum vorgefertigen und neues Rezept, das abgg. an K. streng befolgt. Unser „Mediziner“ versteht sich drauf. — 177 — brg.: Alles nach Vorschrift besorgt. Extrpt. bringt Ertrag und Neues. 35 in Reib u. Obid; hoffentl. bald mehr. — Ph. Br. — sid. u. . . . h. Brm.: Signal hier. Werden Alles bereit halten, bis gelassen wird. An „Karl“ für Alle zwei Heldjägeraktionen im Jenseits abgefandt. Kreuzen wahrheitl. mit Ph. v. 13/2. Diebskademie Berlin freilich mullergiltig; wird sich erst ärgern, wenn wir vollends auf 5 Jahre wohnlich eingerichtet. — K. R. Dr. Egt.: Radr. v. 10. am 15. hier. Weiteres bestens besorgt, sobald Ordre. — Verrr.: Gestohlen u. — Nicht erwünscht. Gm! „Diese Spühhaben sind doch komische Leute“, würde Kanne sagen. — A-brg. i/Sch.: Geld längst durch Schlg. hier. Auch Edg. fort. Schreien anhängige „Grat-Ritterler“ zu haben. Abermals Ertrag gefandt. Wollen sie schon todtsüttern. — „Lilly“, — burg: Ordre v. 13. hier. Sept marschiren 3. P. erhielt 5, K. 3. 6. Sch. 7. B. Alles. „Zukunft“ nur so mplet zu haben. Nr. 9 — berechnet mit P. — G. P. Nr. 4 eing. „Dochter d. Staatsanw.“ — „Gr. Krach“ nur im Reich zu haben. Senden dafür mehr R. B. Verspöndung besser als verfrühtes Erwischtwerden. Uebrigens unerklärlich. Senden stets promptest. — Herdinand: Post v. 7. u. 15. hier, ebenso Liste. Sollen bedient werden, die Herren 2 Kationen f. d. Schupfbesohlen besorgt? Bis Weiteres G. u. D. durch Quern Train zu liefern. Da Schl. Bl.: nur 1 bestellt, 1-6 am 8. und 7 am 14. auch beigelegt, müßte also dort hapern. — G. P.: Anis beigelegt, wie Sie sehen. — P. K. in W.: Gift macht Dir nicht bange? Aber ehrlich Brod, denn, — dann ging's an's Hungerherben, Schlammeier! — Bl., Paris: Brief erhalten, nachdem Karte fort. Ansuchen erledigt. — Agent: d. Betr. Wagenpillel. — „Altes und Neues wird beigelegt.“ — G. R. Post: Auch nicht über! Waren also die Tröpfe 8 Tage zu späte dran. Glückwünsche trotz Alledem. Gruß! — K. u. R. K.: Berücksichtigt. Geben Sie Wink, sobald Luft rein. Werden Nichts fischen die Durschen.

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. — Mk. 1. 50.

Expedition des Sozialdemokrat.